

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.50 und 0.50 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postfach 10 Hannover 67 877.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Restame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pfg. Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach 10 Hannover 67 877.

Nr. 178.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 2. August 1933.

15. Jahrgang.

Gott würde dich so hart nicht fassen,
Hättest du sanft dich führen lassen.

Der Kampf ums Gold.

Die Weltwirtschaftskonferenz ist gescheitert, und wer etwa noch an dem Mißerfolg gezweifelt haben sollte, kann sich durch Pressestimmen aus aller Welt darüber belehren lassen, daß es sich bei der feierlichen Schlußsitzung im Geologischen Museum in South Kensington nicht nur um eine „Vertagung“, sondern um einen endgültigen Ausklang langwieriger internationaler Beratungen handelte, deren Nutzlosigkeit durch den Konferenzverlauf sozusagen aktenkundig wurde. Damit soll nicht bestritten werden, daß auch in London das eine oder andere positive Resultat verzeichnet werden konnte, und man nennt deshalb hier und da den Südoften Europas den „eigentlichen Konferenz-Gewinner“, weil die rühmlichen Finanzminister Rumäniens und Ungarns allerlei Vorteile für die Südoftstaaten einheimen konnten. Von anderer Seite wird Litwinow „der Sieger von London“ genannt, weil es ihm gelang, für die Sowjetunion die Ostpakete unter Dach und Fach zu bringen. Das alles ist aber doch sehr sekundärer und peripherer Art und gehörte teilweise noch nicht einmal zur eigentlichen Zuständigkeit der Konferenz, und man darf deshalb denen beipflichten, die klipp und klar sagen: „Auf der Londoner Konferenz kam nichts vom dem zustande, was im Rahmen der Konferenz lag und zu ihrem Aufgabenkreis gehörte.“

Mit erfreulicher Unzweideutigkeit ist das ja auch auf der Schlußsitzung der Konferenz von dem deutschen Reichsbankpräsidenten Schacht ausgesprochen, und wenn es in seiner Rede hieß: „Wir haben gesehen, daß nicht einmal auf dem Gebiet der Währungsstabilität eine Einheitlichkeit hergestellt werden konnte.“, so kommt in diesem „nicht einmal“ zum Ausdruck, daß eine Lösung oder Verständigung über die Valuta- und Währungsprobleme die Voraussetzung für jede erfolgreiche Konferenzarbeit hätte sein müssen.

Infolgedessen beschränkten sich denn auch, wenn man von der bedeutamen und allseitig beachteten Rede des deutschen Reichsbankpräsidenten absteht, die übrigen Delegierten in ihren Ausführungen auf der Schlußsitzung auf die nochmalige Darlegung ihres jeweiligen Standpunktes. Die Zahl der in den Konferenzwochen gehaltenen Programmen wurde eben noch um eine allerletzte Serie vermehrt und dadurch „urbi et orbi“ verkündet, daß der Standpunkt wesentlich gewesen war als die Einigung.

So legte, um nur ein paar Beispiele herauszugreifen, Amerikas Vertreter Cox nochmals dar, welche wesentliche Rolle für sein Land die Erhöhung der Rohstoffpreise spiele, und Englands Schatzkanzler erging sich ein letztes Mal über die Wichtigkeit der Zollfrage; vom einen hängt eben für USA, und vom anderen für Old-England die Wiederkehr der Prosperität ab! Der Delegierte der Sowjetunion hielt eine hochpolitische Rede, deren Inhalt wohl nur z. T. auf die Weltwirtschaftskonferenz gehörte, und die Vertreter Frankreichs und Italiens legten ein unzweideutiges Bekenntnis zur Goldwährung ab. Damit war fraglos das eigentliche Kernproblem angeschnitten, wie denn auch MacDonald in seiner Schlußrede mit den Worten zum Ausdruck brachte: „Was die Frage der Währungen anbetreffe, so hätten gerade die Schwierigkeiten der Konferenz gezeigt, wie sehr dieses Problem alle anderen Probleme beherrsche.“

Man könnte es vielleicht den einzigen positiven Erfolg der Weltwirtschaftskonferenz nennen, daß sie die Fronten in der Währungsfrage — also um das Gold — absolut klar herausgearbeitet hat. Es war das Hauptziel MacDonalds, im Verlauf der Konferenzverhandlungen, Amerika zur Stabilisierung des Dollarkurses und damit zur Einigung in den „europäischen Goldblock“ zu bewegen, oder doch wenigstens eine gemeinsame amerikanisch-europäische Linie in der Währungs- und Stabilisierungsfrage festzulegen. Diesem Wunsch liegt letztlich die Auffassung zugrunde, daß die Aufrechterhaltung der Goldherrschaft wesentliche Vorbedingung für die wirtschaftliche und finanzielle Befundung der Weltwirtschaft sei. Demgegenüber gab Roosevelts Staatssekretär Hull auf der Konferenz folgende Erklärung ab:

„Ein gesundes heimisches Wirtschaftssystem ist für ein Volk ein größerer Faktor für sein Wohlergehen, als der Kurs seiner Währung im Verhältnis zu den Währungen der anderen Länder. Die alten Fetische sogenannter in-

ternationaler Bankiers müssen ersetzt werden. Lassen Sie mich ganz offen sein und sagen, daß die Verein. Staaten nach einer Art Dollar streben, der für die kommende Generation dieselbe Kaufkraft hat, wie der Dollarwert, den wir in naher Zukunft zu erreichen streben. Dieses Ziel bedeutet mehr und ist besser für das Wohl der anderen Nationen, als ein bestimmter, künstlich festgesetzter Dollarkurs im Verhältnis zum englischen Pfund oder zum französischen Frank.“

Mit dieser Erklärung distanzierte sich Amerika endgültig von den „alten Fetischen“ sogenannter internationaler Bankiers und erteilte damit den unentwegten Goldfanatikern im alten Europa eine klare Absage. Der amerikanische Präsident zeigte sich aber weiterhin auch durchaus abgeneigt, die Plattform des von MacDonald für England und seine Dominions propagierten „Sterlingsblocks“ zu betreten, als dessen Grundgedanken man vielleicht eine Art verwässerte Goldwährung ansehen darf. Im weiteren Verlauf der Londoner Konferenz hat man die somit nach drei verschiedenen Richtungen gehenden Standpunkte nicht einander anzugleichen vermocht, so daß der Kampf ums Gold insofern in ein entscheidendes Stadium getreten ist, als die Fronten klar und deutlich festliegen, und als ausgerechnet das Goldland Amerika auf

der dem europäischen Goldblock entgegengesetzten Seite operiert.

In der Umgebung des amerikanischen Präsidenten erzählt man sich Presseberichten zufolge, daß Roosevelt nur darauf warte, daß der europäische Goldblock kapituliere, um danach die Welt Herrschaft des Dollars erneut und für immer aufzurichten. Das scheinen unsichere Pläne, und der Ausgang der Kämpfe, die sich so oder so in der nächsten Zeit um das Gold abspielen werden, kann in keiner Weise vorausgesehen werden.

Um so unangreifbarer bleibt deshalb der Standpunkt, den Reichsbankpräsident Schacht in seiner bereits eingangs erwähnten Rede mit den Worten zum Ausdruck brachte: „Die deutsche Regierung wird auch in Zukunft jede internationale Zusammenarbeit zu fördern bereit sein. Wir glauben aber, daß diese Arbeit erst dann Erfolg haben wird, wenn die einzelnen Länder in ihrer Wirtschaft und in ihren nachbarlichen Beziehungen einen festen Grund dazu haben.“ In den Vereinigten Staaten zählt man zur Zeit 13 Millionen Arbeitslose, und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, wie ihn mit über-raschendem Anfangserfolg die deutsche Reichsregierung eingeleitet hat, dürfte wichtiger für die Weltwirtschaft sein als der Kampf ums Gold.

Im Sowjetland

Der kommunistische Mensch — Wirtschaftchaos — Separatismus

Der „Volksdeutsche Dienst“ brachte einige Artikel von jemand, der sich in letzter Zeit länger in Russland aufgehalten hat. Von diesen Artikeln bringen wir nur den letzten, der ein zusammenfassendes Urteil über den Stand des Sowjetstaates geben soll.

Wer heute von einem längeren Aufenthalt in Sowjetland nach Hause zurückkehrt, hat den Eindruck, aus einem Gebiet zu kommen, in dem ewig der Kriegszustand herrscht, in dem die ganze „Front“ dauernd unter stärkstem Feuer liegt, in dem jeden Augenblick schicksalsschwere Entscheidungen getroffen werden und in dem noch alles gärt und brodet und erst im Werden begriffen ist. Es gibt in diesem Lande noch nichts Endgültiges, — weil der Bolschewismus zu jung ist, um sich schon eine Tradition geschaffen zu haben, und es gibt nicht einmal eine klar vorgezeichnete Linie der weiteren Entwicklung, weil sich scheinbar alle äußeren und inneren Faktoren auf einmal gegen das Regime verschworen haben, das eigentlich einen zähen Abwehrkampf auf allen nur denkbaren zu führen hat.

Die Mühe und die Energie, Aufbaues zu leisten, den Staat zu sichern und gleichzeitig für die Weiterführung der kommunistischen Weltrevolutionierung zu sorgen, besitzt der Kreml heute kaum mehr. Und es mögen alle Moskauer Siegesfanfaren noch so sehr darüber hinweg zu täuschen suchen — der Zustand des Staates ist heute chaotischer denn je und die Aktionen der Partei sind gegenwärtig so sehr auf das eigene Mutterland beschränkt, wie es nie seit ihrer Gründung der Fall gewesen ist. Es mögen Fehlschätzungen hinsichtlich der „Reise“ der Welt (besonders Deutschlands) für die kommunistische Revolution gerade so mißsprechen, wie Ueberschätzung der eigenen Kraft des Widerstandens des russischen Volkes, — Tatsache ist, daß das Ideal eines starken und aktionsfähigen bolschewistischen Staates, der auf alle Völker der Welt große Anziehungskraft ausstrahlen darf, immer mehr in der Ferne verschwindet. Freilich darf daraus noch nicht auf einen mit mathematischer Sicherheit vorauszusagenden Umsturz in Moskau geschlossen werden. Auch Stalins Gegner schießen nicht so schnell. Vor allem, weil sie keine Waffen haben. Dann aber auch, weil die Leidensgrenze des russischen Volkes wohl immer noch nicht erreicht ist.

Dennoch ist das Regime von Gefahren bedroht, die ebenso sehr nicht unterschätzt werden dürfen. — In Moskau erzählt man sich in vertraulichen Kreisen folgenden Witz. Ein Moskauer Bürger promenierte eines Abends am Ufer des Moskwa-Flusses, als er laute Hilferufe von der Flussmitte hört. Er springt in die Fluten und rettet den Ertrinkenden. „Fordere, was du willst, für deine heilige Sache. Ich kann dir alles gewähren!“ — Sag, wer bist du, daß du soviel Macht besitzt?“ — „Ich bin Stalin!“ Der Bürger wird verlegen, kragt sich hinterm Ohr, sieht sich nach allen Seiten um und sagt leise: „Dann erweise mir eine Güte — erzähl keinem Menschen, daß ich dich gerettet habe.“

Der selbst in seinem größten Unglück zum Humor neigende Russe kennzeichnet in diesem Geschichtchen eine Geistesrichtung, die in der Tat vorhanden ist. Von der großen Masse des russischen Volkes, von den ungezählten Millionen der regierten Objekte, von den mindestens 90 v. S. der Bevölkerung, die nicht Nutznießer der Staates sind, wird nicht ein Finger gerührt werden, wenn die gegenwärtige Regierung einmal ins Wanken gerät. Im Gegenteil wird in diesen Massen erst dann die Aktivität aufflammen, die Aktivität der Vernichtung, die sie vom Kommunismus gelernt hat, wenn die Regierung einmal die Zügel lockern oder das kleinste Zeichen der Schwäche erkennen lassen sollte. Denn all diesen Millionen gegenüber hält sie sich nur durch ihre drakonischen Maßnahmen, durch GPU, Partei und Rote Armee, an der Macht. Sympathien hat sich das Regime in den breiten Bevölkerungsschichten nicht erworben, sie stehen ihr vielmehr teils mit geheimem Groll, teils mit offener Feindschaft gegenüber.

Damit ist aber auch gesagt, daß der sogenannte „reine Kommunismus“ dem russischen Durchschnittsmenschen ein toter Begriff geblieben ist. Es ist für dessen Niveau und Geisteslage kennzeichnend, daß heute noch in den Bauernhäusern vielfach in der gleichen Rate das Muttergottesbild in der einen und ihm gegenüber das Bildnis Lenins in der anderen Ecke hängen. Als der Gründer des neuen Staates, ja als der Nachfolger des Zaren wird Lenin geehrt, während „die Heutigen“, für das ganze Unglück, für Gottlosigkeit, moralischen Niedergang, für das wirtschaftliche Elend usw. verantwortlich gemacht werden. „Gehörst du auch zu so einer Kommission?“ fragte mich ein Bauer in der Provinz. Als ich verneinte und sagte, ich wäre Ausländer, entgegnete er: „Dann bist du ein guter Mensch. Denn verflucht seien diese Gottlosen!“

Der Kommunismus hat geglaubt, den zum Mystizismus neigenden Russen schon dadurch befriedigen zu können, daß er an Stelle der Religion den Marxismus und an Stelle Gottes Lenin setzte. Jedoch ist auch die Gottlosenfrage noch keineswegs ein gelöstes Problem. Zwar sind die Kirchen in Massen geschlossen und abgerissen, Priester verbannt und Gläubige aus der heutigen Gemeinschaft der lebensberechtigten russischen Menschen ausgeschlossen worden; der Gottesglaube aber wurzelt tief in der Seele des russischen Menschen, und der ungeheure Zulauf, den allerlei Sekten aufzuweisen haben, die sich als Ersatz für die orthodoxe Kirche allorts aufstun, ist ein Beweis für das religiöse Bedürfnis des Volkes. In einer kleinen Provinzstadt mit einem alten historisch wertvollen Kloster wird dieses geschlossen, seine Gegenstände mit verunglimpfenden Texten versehen und in ein Gottlosenmuseum gebracht. Dorthin pilgern nun Tag für Tag die Gläubigen, bekreuzigen sich vor den Ikonen und verrichten im Gottlosenmuseum ihre Andacht. Dieses kleine Beispiel zeigt, daß der Gott Lenin und der Gott Maschine den christlichen Gott aus dem Herzen der heutigen Russen nicht verdrängen konnten.

In den Kreisen der kommunistischen Jugend spricht man mit großer Geringschätzung von der „Masse“. Das

sind die Geführten, die Regierten. Sie leben ihr kleines und wirtschaftlich jammervolles Dasein, sie denken mit Wehmut an die schönen Vorkriegszeiten zurück und haften das gegenwärtige Regime. Die Führer aber, gewöhnlich sie den Erfolg des Experimentes, die Stabilität der Macht und damit den Sieg des Kommunismus? Auch in ihren Reihen spielen sich Richtungskämpfe ab, die wiederholt zu scharfen Maßnahmen gegen Oppositionen verschiedener Art Anlaß gegeben haben, und auch sie sind sich noch keineswegs über die Beschaffenheit der weiteren Ziele des Kommunismus einig. Täglich läßt die kommunistische Presse erkennen, daß man sich immer mehr von den eigentlichen Idealen der kommunistischen Lehre entfernt, daß man den „bürgerlichen Vorurteilen“ immer mehr Konzessionen machen muß. Der „kommunistische Mensch“, dessen Formung der eigentliche Zweck der bolschewistischen Revolution gewesen ist, ist bis heute noch nicht geschaffen. Was man in den Kollektivwirtschaften zusammengepackt hat, ist eine Anhäufung von Individen mit persönlichen Neigungen, von Menschen mit absolut bürgerlichen Auffassungen, die den Namen „Kollektive“ keineswegs rechtfertigen.

Was dagegen in der Klasse der neuen Aristokratie, der bevorzugten Proletarier, der Stotruppler, der Studenten und der Jugend, darunter verstanden wird, ist z. T. wiederum so sehr das gegenteilige Extrem, daß sie die Durchführung weder möglich ist noch auch von der Regierung empfohlen wird. In diesen Kreisen wird aus dem Kommunismus und aus dem Kollektivismus nur jenes entlehnt, was zu einem wilden Ausstoßen der niedrigsten Leidenschaften, ja der tierischen Instinkte Gelegenheit gibt. Da der kommunistische Staat ohne Vorgang ist, tappt man noch überall im Dunkeln, ergeht sich über theoretische Fragen in langen Auseinandersetzungen — wo man aber die praktische Durchführung in Angriff nimmt, da werden die Kinder den Mittern enteignet, da wird jeder Sittlichkeit mit Hohn begegnet, da sind die Folgen Hunderttausende herrenlose Kinder, venerische Krankheiten, moralische Verlotterung — ein Niedergang sondergleichen.

Dieser kommunistische Mensch ist in der Tat nur ein Zerrbild des Menschen. Und mit diesem Menschen dürfte jedenfalls als Grundlage für den Aufbau eines neuen Staates nichts Dauerhaftes anzufangen sein. Es kommt aber hinzu, daß die Führerschaft durch den dauernden Spannungszustand, in dem sich das politische und das wirtschaftliche Leben befindet, einen solchen Nervenverbrauch zu verzeichnen hat, daß z. B. die leitenden Kommissare und Arbeiter in bestimmten Zeitabständen von der Regierung abgelöst werden, da sie sich binnen ganz kurzer Zeit als völlig verbraucht erweisen. Im Innern ist ein ständiger Kriegszustand, von außen wird ununterbrochen eine Intervention erwartet, und dieser Zustand bringt Särungen mit sich und bedeutet auf die Dauer eine unmögliche Voraussetzung für eine normale Entwicklung.

Alles wird überschattet von der Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Das Ende des ersten Fünfjahresplans wird gekennzeichnet durch ein Abstoppen der Industrialisierung. Große Werke stehen heute, halb vollendet, öde und verlassen da, Milliarden sind vergeudet worden. Die Führer weisen hier eine so katastrophal mangelhafte Vorbildung auf, sie sind dabei so sehr von ihrem Wert überzeugt, daß nicht nur Fehlentscheidungen und Organisationsfehler an der Tagesordnung sind, sondern diese dann auch gleich unübersehbare Folgen haben. Die eigenen Fähigkeiten („Europa einholen, ja überholen“) werden trotz aller harten Lehren noch immer überschätzt, — während die Industrie nicht produziert, das Volk nichts

zu kaufen hat und hungert, das wirtschaftliche Chaos wächst, die Arbeiterunruhen um sich greifen und niemand mehr sagen kann, was im nächsten Winter wird.

Nur zwei Beispiele: Die größte Automobilfabrik der Welt in Nischni-Nowgorod sollte 1932 65 000 Wagen herstellen, bis heute ist nicht ein einziger brauchbarer Wagen von ihr gebaut worden. Die Jagd nach den Superlativen hat hier ein furchtbares Zeugnis dafür abgelegt, daß ihr Erfolg erst durch die Fähigkeiten gewährleistet wird. In Westsibirien aber, in dem neu erschlossenen Kohlengebiet, brennt das reichste Kohlenlager der Welt seit Monaten, ohne daß man Mittel hat, diesen furchtbaren Brand auch nur einzudämmen. Man hat entgegen dem Rat deutscher Ingenieure hier mit eigenartigen Abbaumethoden begonnen, die zur Katastrophe führen mußten. Man arbeitete ohne Bergverfah und das führte zur Selbstentzündung — auch hier sind Milliarden verloren und Millionen werden nötig sein, um den Brand wenigstens einzudämmen.

Nicht anders ist es um die Landwirtschaft bestellt. Der Bauer streift, die Anbau- und Erntearbeiten werden von ihm jetzt nur noch als Knecht des Staates, als landwirtschaftlicher Proletarier, geleistet; er hat also das persönliche Interesse an der Ernterückgabe verloren. Die Folge ist, daß das reichste Agrarland der Welt hungert. Das Bauernproblem ist eine furchtbar ernste, ist die ernsteste Frage für den Bestand der Regierung. Ihr mag es vielleicht vom Frühling zum Herbst u. dann wieder zum Frühling gelingen, den Hauptwiderstand des Bauern zu brechen — was ihr aber nicht gelingt, ist, sich die freudige Mitarbeit des Bauern zu sichern und damit die Zukunft des Staates zu gewährleisten. Denn der Bauer ist der eigentliche Ernährer und Versorger des ganzen Reiches, von ihm wird die Lebensdauer des bolschewistischen Regimes abhängen.

In der letzten Zeit hat aber eine neue Gefahr, von der man bisher am wenigsten hörte, ihr Haupt erhoben. Es sind dies die separatistischen Bestrebungen, die in der Ukraine und im Kaukasus immer mehr um sich greifen. Die Herrschaft des Kommunismus in diesen Provinzen ist nicht so sehr eine Frage des Kommunismus als ein nationalpolitisches Problem. Denn Hand in Hand mit der Proletarisierung geht dort eine Russifizierung vor sich, die von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung scharf abgelehnt wird, abgesehen davon, daß die Kollektivierung des landwirtschaftlichen Besitzes gerade in diesen Gebieten eine Umwälzung des ganzen nationalen und sozialen Gesichtes der Länder mit sich gebracht hat. Der Kampf gegen den Bolschewismus ist hier gleichbedeutend mit der Verteidigung des Vaterlandes, der Sprache und der Kultur, ist ein nationaler Kampf. Konflikte mit der Zentralregierung in Moskau sind an der Tagesordnung und werden oft nur durch persönliches Eingreifen Stalins beigelegt. Beide Länder berufen sich hierbei darauf, daß sie zu den an Naturschätzen reichsten Gebieten der Union gehöre, die Ukraine als Kornkammer und der Kaukasus mit dem Naphtha, dem Mangan, den Erzen usw.

In der Tat sind sämtliche Aufstandsbewegungen, alle Oppositionsneigungen, die „Verzerrungen der Generallinie“ usw. stets bisher entweder von Charkow oder von Tiflis ausgegangen. Von hier werden Verbindungen mit Turkestan gepflegt — es ist eine kompakte Masse von 60 Millionen nationalbewußten, sich gegen die Kollektivierung gleichermäßen wie gegen die Russifizierung wehrenden Menschen, die hier eines Tages aufstehen und sich gegen Moskau wenden können. Der Kreml herrscht auch hier diktatorisch, aber ebensovienig, wie es ihm gelingt, den kommunistischen Menschen als Träger des Staatsgedankens zu schaffen und ebensovienig, wie er die Gä-

higkeiten zur Ueberwindung des wirtschaftlichen Chaos besitzt, wird er den Freiheitsdrang in diesen Millionen ertönen können. Der kommunistische Staat steckt noch im Werden, und überall richtet sich dieses Werden gegen ihn.

Engste Frontverbundenheit

Aufruf des Reichskriegerbundes Kyffhäuser zum 19. Jahrestag des Kriegsausbruches.

Der Präsident des Deutschen Reichskriegerbundes „Kyffhäuser“, General der Artillerie a. D. von Horn, erläßt zum 19. Jahrestag des Kriegsausbruches folgende Rundgebung:

„Zum 19. Male jährt sich heute der Tag, an dem das deutsche Volk in Waffen den Marsch in den Verteidigungskrieg antrat. Weder Grenelmärchen noch die völlig entfallende Flage von der Schuld Deutschlands an dem größten aller Kriege werden vor der Geschichte Bestand haben. Rein in Ehr' und Wehr hat die alte deutsche Armee in diesen viereinhalb Jahren gekämpft, sie ist unsterblich geworden durch den Ruhm ihrer Tapferkeit, ihrer Leistungen und ihrer Disziplin.“

Das einige, völkische, nationale Deutschland, das der Frontsoldat Adolf Hitler nach heiligem Ringen im 14. Jahre nach Beendigung dieses Krieges schuf, ist die Erfüllung der Sehnsucht aller Frontsoldaten. Der Volkstanzler ist der Vollstrecker unseres Glaubensbekenntnisses. Darum stehen wir in engster Frontverbundenheit zu ihm und seinen Kämpfern, die den Sinn dieses Krieges zum Wohle Deutschlands zu Ende führen.

Unter der Führung Adolf Hitlers werden nun die Mäße der Kriegsoffer anders gelindert werden als bisher. In seiner Regierung herrscht der Frontgeist des Pflichtbewußtseins und der Kameradschaft. Sie wird den Soldaten wieder an den Ehrenplatz stellen, der ihm gebührt.

Unser großer deutscher Soldatenbund, der sich freudig bekannt hat zum Staate Adolf Hitlers, hofft, daß in künftigen Jahren der 2. August als besonderer Tag des deutschen Soldaten auch äußerlich zum Ausdruck bringt, daß das ganze nationalsozialistische Deutschland durchdrungen ist von dem Worte seines Führers: „Mögen Jahrtausende vergehen, so wird man nie vom Heldentum reden, ohne des deutschen Heeres des Weltkrieges zu gedenken!“ Ehre dem Soldaten, der Gut und Blut für sein Volk eingeleistet hat!

Kommunistische Wühlereien

Aushebung einer Geheimföhrung im Walde.

Die Staatspolizeistelle Reddinghausen hat festgestellt, daß neuerdings bisher noch unbekannte Kommunisten von Berlin aus den Versuch unternommen haben, die KPD in einer geheimen Organisation der Revolutionären Gewerkschaftsopposition im ganzen Reich zu sammeln. In Gelsenkirchen-Horst gelang es, drei Kassierer dieser Organisation festzunehmen.

In einem Wäldchen am Kanal zwischen Essen-Karnap und Berge-Borbeck fand dieser Tage eine Geheimföhrung statt, an der aus größeren Städten des Ruhrgebietes Funktionäre der neuen Organisation teilnahmen. Hierbei wurden sie plötzlich von Beamten der Staatspolizeistelle Reddinghausen überrascht und festgenommen.

Auch der Organisationsleiter im Ruhrgebiet, der Zimmermann Artur Schimmelpfennig, fiel in die Hände der Polizei. Er hatte die Verbindung zwischen Berlin und dem Ruhrgebiet und gründete in allen größeren Städten des Ruhrgebietes Ortsgruppen. 15 fahrende Funktionäre aus Gelsenkirchen, Gladbeck, Bottrop, Essen, Dortmund und Duisburg wurden festgenommen. Es wurde eine größere Menge hochverräterischer Material beschlagnahmt. Auch fiel der Polizei eine große Anzahl neuer Beiragsmarken, die die Worte „Rot Front“ und eine geballte Faust zeigen, in die Hände.

Brief aus Baden.

Hatte unser letzter Brief aus Baden von der einmütigen Wahl unseres Landesbischofs D. Rühlwein berichten können, so darf der heutige in erster Linie auf die feierliche Amtseinföhrung am 23. Juli in Karlsruhe zu sprechen kommen. Daß dies nämlich keine rein badische Angelegenheit war, zeigt ja schon die amtliche Anteilnahme der benachbarten Landeskirchen von Bayern, Württemberg, Hessen und der Pfalz. Die Feier selbst bildete ein kirchengeschichtliches Ereignis wie seinerzeit die Einführung der Union im Jahre 1821 oder die Trauerhundertgehung für den letzten fürstlichen Landesbischof im Jahre 1928; Geschehnisse, die in der gleichen Stadtkirche stattfanden wie die Einführung des nunmehrigen Landesbischofs. War es nun schon mehr als bloß ein schöner Gedanke, ihr eine gemeinsame Abendmahlsfeier in der Stille des Vorabends vorangehen zu lassen und die anwesenden auswärtigen und ortsbewohnenden Pfarrer dazu einzuladen, so war auch der Festzug vom Oberkirchenratsgebäude zur festlich geschmückten Kirche durch die seitens der Stadt mit Fahnen, auch vielen Kirchenfahnen, besagten Straßen nicht nur ein solch schöner Gedanke, sondern abermals ein Stück selbst empfundenen und nach außen hin zum Ausdruck gebrachter Gemeinschaft. Diese fand dann ihren Höhepunkt in der Kirche selbst. Im Gegenföhrung zu Bayern hatte man darauf verzichtet, die Feier in weitem Kreis durch Lautsprecher zu übertragen. Dagegen war es den Pfarrern der Landeskirche, sofern sie noch am Abend wieder zuhause sein konnten, erlaubt, den Sonntagsgottesdienst auf den Abend zu verlegen und an der seltenen Feier persönlich teilzunehmen. Viele Pfarrer machten hiervon Gebrauch. Sie stellten einen beträchtlichen Teil des Festzuges. Daß man auch die ersten musikalischen Kräfte heranzog, war selbstverständlich. Landeskirchen- und Universitätsmusikdirektor Professor Dr. Poppen, der Leiter des Heidelberger kirchenmusikalischen Instituts und Herbert Haag, der Dozent daselbst, teilten sich in die Orgel, die Chöre mit ihren altkirchlichen Weisen für die Feier waren aus unseren hochstehenden Karls-

ruher Kirchenchören gebildet. Eine in ihrem Aufbau und in ihrer Durchführung sehr wirksame Liturgie gab dem Gottesdienst auch nach dieser Seite hin das Gepräge. Die Oberkirchenräte Rost und Bender teilten sich darin. Die Amtseinföhrung selbst nahm der bisherige Oberkirchenratspräsident D. Wurth vor, unterstützt von den Oberkirchenräten Bender und Dr. Brauß. Es war ein ergreifender Augenblick, da vor ihnen der bereit ergaute Landesbischof sein Gelöbnis ablegte und niederknien eingeseget ward. Und es war nicht weniger erhebend, ihn dann anhand der bekannten Berufungsgeschichte Jesajas auch über seine und der Kirche Aufgabe predigen zu hören. Nach dem Gottesdienst führte der Festzug in das Konzerthaus am Festhalleplatz, das eigens zu dieser Feier mit Blumenschmuck und Tannengrün, mit Fahnen und feierlicher Beleuchtung geziert war. Hier begrüßte der Präsident der Landessynode, Minister a. D. Dr. Umhauer, den Landesbischof und die vielen Feiernden, erinnerte an die dankenswerte langjährige Tätigkeit und letztmalige Unterstützung der Feier durch den bisherigen Kirchenpräsidenten D. Wurth. Nach ihm sprach unser bad. Ministerpräsident Köhler. Er stellte die Kirche u. ihre Bedeutung inmitten unserer neuen Zeit u. Volkes und ihr Verhältnis zum neuen Staat heraus, was dann auch von seiten des Karlsruher Oberbürgermeisters Jäger geschah. Der Rektor der Universität Heidelberg, der durch sein Buch „Deutschland vor der Reformation“ bekannte Dr. Andreas zog die Verbindungslinien zwischen Wissenschaft und Kirche, der Dekan der theologischen Fakultät Prof. Dr. Beer aus Heidelberg die zwischen Theologie und Kirche. Sehr herzlich begrüßten die Grüße der Kirchenvertreter von Bayern, Württemberg, Hessen und der Pfalz. Die süddeutsche Verbundenheit kam da schön zum Ausdruck. Landesbischof D. Rühlwein konnte in seiner Dankeswiderung gerade darauf auch seinerseits den Nachdruck legen. Aber auch der Gemeinde wurde ein besonderer Anteil an der Feier des Tages gegeben. Eigentlich gab sie ihn sich selber. Denn man schloß den Festtag mit einem Gemeinabend in der großen Festhalle. Hier hatte man durch einen Lautsprecher auch Verbindung mit

der Außenwelt hergestellt. So hörten auch Außenstehende die trefflichen Ausführungen des Hauptredners Prof. D. Suppels über „Wesen und Aufgabe des evangelischen Bischofsamts“ und nahmen an dem Treuegelöbnis teil, das man im Raume dem Bischof entgegenbrachte. Auch hier sprach der Landesbischof ein Schluß- und Dankeswort. Ein sicherlich nicht bloß zufälliges Zusammentreffen brachte als Lösung für den Bischofsdag die Worte — der Leiter des Abends, Stadtpfarrer Mondon, erinnerte daran — „Fürchte dich nicht und gage nicht! Gott der Herr wird mit dir sein und wird die Hand nicht abgeben noch dich verlassen, bis du alles vollendest.“ (1. Chron. 28, 20). Raum hätte es eine zutreffendere Lösung gegeben. Möge sie reichlich über unsern Landesbischof in Erfüllung gehen. — In einem Stück war dies bereits der Fall: Die badische Kirche hatte wie auch die Württembergische, aber schon vor ihr, beschlossen, keine der von dem Reich aus auf diesen Tag bestimmte Kirchenwahl vorzunehmen, sondern die neue Landessynode durch eine Einheitsliste zu bilden. Dadurch wurde das von unserem Landesbischof erstrebte Band des Friedens schon sichtlich gefördert. Man kam zu einem recht einfachen Beschluß. Hatten noch vor Jahresfrist 4 Kirchengruppen eigene Listen aufgestellt, so waren jetzt die Liberalen ohnehin schon einige Zeit mit den Deutschen Christen verschmolzen, die Religiösen Sozialisten aber staatlich verboten worden. Die übrigen Gruppen, eben die Deutschen Christen und die „Positivoren“ einigten sich schnell. Die Letzgenannten behielten ihre 25 Sitze, alle übrigen wurden den „Deutschen Christen“ zugesprochen. 57 Sitze waren zu vergeben. Somit erhielten sie 32. Das ist die Mehrheit, aber nicht die unbedingt. Man wird sich auch weiterhin in allen Stücken gewiß leicht zu verständigen wissen. In fast allen Ortsgemeinden konnte dann auf der gleichen Grundlage ein Abkommen erreicht werden, so daß es auch hier ohne Wahlkampf abgehen und ein solcher bald zu den vergangenen Dingen in unserer Kirche gehören wird. „Kirche muß erst wieder Kirche werden!“ — das gilt also auch hier. Sie ist nun auch in diesem Stück endlich „Kirche“ geworden!

Reichsbank
nach den Verei
ferenz, indem e
folg dieser Konf
land schilberte.
Appell an den g
den Schwierigke

Dr. Schacht
Währungsstabil
wäre, ein un
ausgeblieben
das der Sch
dene

Die intern
nischen Gründe
nung nur durch
Solche Arrange
Wirtschaftsform
betonte Dr. Sc
nationalen Pol
kämpfung der

Mit Nachd
nationalsozialist
ren marxistisch
der Nation zu
der belebt sei
wirtschaftliche
mit geringeren
deute ferner, d
steuerung der
müsse. Die hier
rung öffentlich

In diesem
Inhalt und Ein
program
darauf hin, daß
neuen Hilt
erfüllt habe, d

Keine I

Auf Anor
von seiten de
weiteres verfi
Verbot der

Viele Fro
gleichgeschalt
nationalsozialist
Gründung neu
müssen.

Das hat vi
sozialistischen
gendbewegung

Da mit d
Frauenfront gl
ministerium d
schaft Deutscher
ministerium de
endgültigen R
gruppen und

Der britisch
müdig in Bräsi
Staatspräsident

Während f
Stunden abrol
Kilometerfahr
Land Baden,
Zeile zerföhne
nicht mehr vor
wenig Leberge
nur drei! Das
genheit, als d
nen Ausgange
freilich von 4
ten nur 285 a
einer h
teils unter de
hauptstadt als
minder. — W
zugrunde gela
über den Sim
nicht unternom
sehr verschiede

Ebenso üb
Notwendigkeit
von abernals
wird. Auch
liegen soll u
wird ja doch,
also soll es li
fen gesehen,
man eine so
nur einmal d
Baden über d
lich. Daß die
lichen Schäd
und zugeben
aber hat auch
nichts zu hel
Aufbau und
Bollaslebens“
letzten Stirn
recht. Viellei
beachten!

Das Londoner Fiasko

Radioanfrage Schachts an Amerika

Idenheit

er zum 19. Jahres-

s.

iegebundes „Koff-

ende Kundgebung:

Tag, an dem das

den Verteidigungs-

ch die völlig ent-

s an dem größten

Bestand haben.

ste deutsche Armee

ie ist unsterb-

ihret Tapfer-

er Disziplin.

utschland, das der

ngen im 14. Jahre

die Erfüllung der

olkstanzler ist der

Datum stehen wir

der seinen Kämpfern,

le Deutschlands zu

erden nun die Nöte

n als bisher. In

des Pflichtbewußt-

en Soldaten wieder

rt.

nd, der sich freudig

hofft, daß in fünf-

Tag des deutschen

ngt, daß das ganze

ngen ist von dem

sende vergehen, so

ohne des deutschen

hre dem Soldaten,

st hat!

Reichsbankpräsident Dr. Schacht sprach im Rundfunk nach den Vereinigten Staaten über die Weltwirtschaftskonferenz, indem er noch einmal das Fazit aus dem Mißerfolg dieser Konferenz zog und die Konsequenzen für Deutschland schilderte. Seine Ausführungen gipfeln in einem Appell an den gesunden Menschenverstand, um der bestehenden Schwierigkeiten Herr zu werden.

Dr. Schacht ist der Meinung, daß auch, wenn in der Währungsstabilisierung eine Einigung erreicht worden wäre, ein wirklicher Erfolg für die Konferenz dennoch ausgeblieben wäre, weil zwei große Probleme, nämlich das der Schulden und das der Arbeitslosigkeit, vor denen die Welt steht, zu lösen seien.

Die internationalen Schulden, so weit sie aus politischen Gründen entstanden sind, können nach seiner Meinung nur durch politische Arrangements geregelt werden. Solche Arrangements liegen aber außerhalb der Sphäre von Wirtschaftskonferenzen. Bezüglich der internen Verschuldung betonte Dr. Schacht, daß sie vorwiegend ein Problem der nationalen Politik sei. Dasselbe gelte erst recht für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Mit Nachdruck hob Dr. Schacht hervor, daß die deutsche nationalsozialistische Regierung im Gegensatz zu der früheren marxistischen bestrebt sei, sich auf die eigenen Kräfte der Nation zu verlassen. Solange der Weltmarkt nicht wieder belebt sei, bedeute dies natürlich in gewisser Hinsicht wirtschaftliche Selbstverleugnung und die Bereitwilligkeit, mit geringeren Löhnsausgaben zufriedenzustellen. Es bedeute ferner, daß den ärmeren Ständen durch höhere Besteuerung der wohlhabenderen Arbeit verschafft werden müsse. Die hieraus gewonnenen Gelder würden für Ausführung öffentlicher Arbeiten allgemeinen Nutzens verwandt.

In diesem Zusammenhang ging Dr. Schacht kurz auf Inhalt und Sinn des großen Arbeitsbeschaffungsprogramms der Regierung ein und wies besonders darauf hin, daß diese ganze Politik ihren Stützpunkt in dem neuen Hitlergeist finde, der jeden mit dem Grundgesetz erfüllt habe, daß Gemeinnutz vor Eigennutz gehe.

Viele in Deutschland arbeiteten heute für die Gemeinschaft zu einem freiwillig niedrigen Entgelt. Gleichzeitig werde der Versuch gemacht, die Verwaltung zu vereinfachen und weniger für den Staat, jedoch mehr für das Volk auszugeben.

Paris und der Biermächtepakt.

Frankreich denkt nicht an Revision.

Paris, 29. Juli. Aus dem Kommentar des dem Quai d'Orsay nahestehenden „Temps“ zu der Komturei des ungarischen Ministerpräsidenten ist erstmals deutlich, wie man in Paris über Ungarn denkt. Zunächst wird natürlich hervorgehoben, daß Gombos durch seinen Besuch in Italien den angeblich peinlichen Eindruck verbessern wollte, den sein Besuch in Berlin hervorgerufen habe. Der springende Punkt der franz. Sorge liegt aber wieder einmal in der Revisionsfrage. Der „Temps“ glaubt, daß man in Budapest die Hoffnung gehegt habe, eine Revision des Vertrages von Trianon würde sich von selbst ergeben, wenn Italien von sich aus einen Druck ausübe. Nun schließt aber der im Sinne der französischen Abänderungen ausgearbeitete Viererpakt jeder Tat dieser Art die Tür, denn er sehe nicht nur den Rahmen des Völkerbundes für jede Revisionsprozedur vor, sondern verbinde den Artikel 19 ausdrücklich mit den Artikeln 10 und 16, die die gebietsmäßige Unantastbarkeit betreffen. Das bedeute, daß die von der italienischen Diplomatie grundsätzlich empfohlene Revision der Verträge jetzt in Rom nur noch unter Bedingungen ins Auge gefaßt werden, die den Frieden nicht stören und die Zustimmung aller interessierten Länder finden müsse. Hieraus folgere, daß die ganze Frage an unmittelbarem Interesse verliere und die Politik der internationalen Zusammenarbeit nicht ernstlich gefährden könne.

thlereien

im Walde.

en hat festgestellt,

Kommunisten von

aben, die KPD, in

ationären Gewer-

meln. In Gelsen-

en Organisation

Keine Tagung der Frauenfront

Auf Anordnung des Reichsinnenministeriums ist die von Seiten der Frauenfront geplante Tagung bis auf weiteres verschoben worden.

Verbot der Gründung neuer Frauenortgruppen

Viele Frauenverbände, die sich in der Frauenfront gleichgeschaltet haben, haben geglaubt, sich in einem nationalsozialistischen Deutschland nun mit neuem Elan auf die Gründung neuer Orts- und Jugendgruppen werfen zu müssen.

Das hat vielerorts zu Unfälligkeiten mit der nationalsozialistischen Frauenschaft und der nationalsozialistischen Jugendbewegung geführt.

Da mit dem 1. August die Eingliederung der in der Frauenfront gleichgeschalteten Verbände in die dem Reichsministerium des Innern unterstellte Reichsarbeitsgemeinschaft Deutscher Frauenverbände beginnt, ordnet das Reichsministerium des Innern für diese Frauenverbände bis zur endgültigen Regelung an, daß die Gründung neuer Ortsgruppen und Jugendgruppen bis auf weiteres verboten ist.

Der britische Außenminister Sir John Simon, der gegenwärtig in Brasilien einen Erholungsurlaub verbringt, stattete dem Staatspräsidenten einen Besuch ab.

SA-Aufmarsch in Berlin

Berlin, 1. August.

Am kommenden Sonntag wird auf dem Tempelhofer Feld der Generalappell der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg unter ihrem Gruppenführer Karl Ernst stattfinden. An dem Aufmarsch werden sämtliche Standarten aus Berlin und dem Regierungsbezirk Potsdam, dem Gebiet der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg, insgesamt etwa 100 000 Mann, teilnehmen.

Die SA-Standarten aus der Provinz werden mit Sonderzügen in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag nach Berlin befördert werden. Den Appell wird der Stabschef der SA, Hauptmann a. D. Röhm, abnehmen. Es werden bei dieser Gelegenheit die Berliner SA-Sturmabteilungen (selbständige Sturmabteilungen) zu Standarten erhoben werden, so daß Berlin dann über 18 Standarten verfügt. Ferner werden eine Reihe von Feldzeichen und Fahnen geweiht werden. Am Sonntag darauf findet in Döberitz der Generalappell der SS-Gruppe Ost statt, die Brandenburg, Schleien und Pommern umfaßt.

Die Verabschiedung der Gesetze

Änderung der Geschäftsordnung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett hat eine Änderung der Geschäftsordnung der Reichsministerien beschlossen. Es handelt sich hierbei nicht um eine grundsätzliche Neuordnung, sondern lediglich um eine Reihe von Abänderungen, die durch die Änderung der Struktur des Reiches notwendig geworden sind.

Im wesentlichen ist die bisherige Geschäftsordnung in drei Punkten geändert worden. Die bisherige Präambel bei Gesetzen, in der auf den Reichstag und Reichsrat Bezug genommen wurde, mußte naturgemäß geändert werden, da die Gesetze jetzt lediglich vom Kabinett beschlossen werden.

Weiter ist wesentlich, daß jetzt im allgemeinen das Inkrafttreten der Gesetze am Tage nach der Verkündung erfolgt, während bisher, wenn nichts anderes bestimmt worden war, das Gesetz 14 Tage nach der Verkündung in Kraft trat, und schließlich ist die Änderung getroffen worden, daß in Zukunft bei Auslandsverträgen die Bezugnahme auf den Reichstag fortgelassen wird.

Entsprechend der Ausschaltung des Reichstags und Reichsrats sind dann noch an anderer Stelle der Kabinettsrats Geschäftsordnung Änderungen getroffen worden. Es ist festgelegt worden, daß für die Veröffentlichung des vom Kabinett beschlossenen endgültigen Gesetzestextes der Sachbearbeiter des federführenden Ministeriums die Verantwortung trägt.

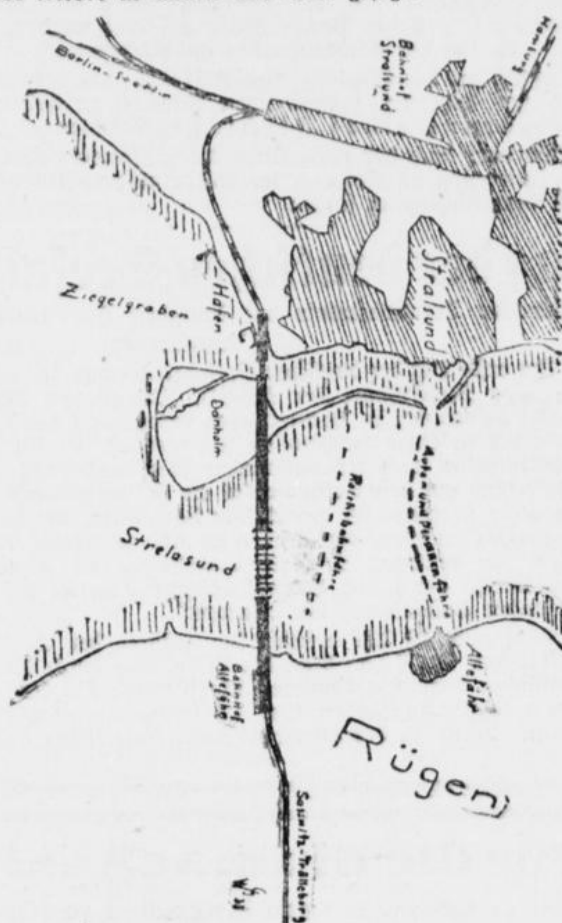
Eine besonders für die Presse wesentliche weitere Änderung bezieht sich darauf, daß in Zukunft alle Veröffentlichungen, vor allem Veröffentlichungen politischer Natur, durch die Presseabteilung der Reichsregierung gehen müssen. Diese Bestimmung bestand zwar schon bisher, sie ist jetzt aber noch erheblich verschärft und konkretisiert worden und gilt vor allem auch für Interviews, die einzelne Minister einem Pressevertreter geben. Damit soll aber nicht die unmittelbare rein fachliche Berichterstattung aus den Ministerien betroffen werden, sondern lediglich die politische Berichterstattung. Fachliche Mitteilungen können auch weiterhin direkt von den Ministerien an die Presse gegeben werden. Die Presseabteilung ist lediglich darüber zu unterrichten.

Grasschaft Diepholz frei von Unterstützungsempfängern. Im Kreis Grasschaft Diepholz sind nunmehr alle Unterstützungsempfänger in Arbeit. Außerdem werden vom Kreis, den Gemeinden und den Genossenschaften rund 1000 kreisfremde Arbeitsfreiwillige und in der Landwirtschaft etwa 300 Landhelfer aus dem westfälischen Industriegebiet beschäftigt.

Rügendamm wird gebaut

600 000 Arbeitslosentagewerke für 3 1/2 Jahre. — Rügen wird frei von Arbeitslosen.

Auch in der Grenzprovinz Pommern ist seit der Macht-ergreifung durch den Nationalsozialismus der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auf der ganzen Linie eröffnet worden. Von den 140 000 pommerschen Erwerbslosen wurden schon 60 000 wieder in Arbeit und Brot gesetzt.



Rügen nicht mehr Insel.

Unsere Skizze zeigt den Plan für den Rügendamm, dessen Bau im Rahmen des pommerschen Arbeitsbeschaffungsprogramms durchgeführt wird. Mit 600 000 Tagewerken wird der Bau in 3 1/2 Jahren vollendet sein. Der Damm wird eine Länge von 2 1/2 Kilometern haben. Auf der Kronenbreite von 17 Metern finden eine eingleisige Reichsbahnstrecke und eine Landstraßenverbindung Raum. Die für den Bau notwendige Erdbewegung beträgt 2,5 Millionen Kubikmeter. Die erste unmittelbare Folge des Rügendammbaues wird sein, daß die ganze Insel von der Geißel der Arbeitslosigkeit reiflos befreit wird.



Der Wettlauf nach Norden.

Zur Verkehrsverbesserung des Eisenbahn-Fährweges über Rügen nach Schweden baut Dänemark eine Brücke über den Storfjord statt der bisher dort verkehrenden Fähre. Der Zeitvorsprung von einer Stunde auf der direkten deutsch-schwedischen Route droht dadurch verloren zu gehen. Der Rügendamm holt diesen Vorteil wieder ein und erhöht vor allem Dingen auch die Stärke dieser Verkehrsverbindung gegenüber der zukünftigen Konkurrenz einer Fährverbindung Östingen-Schweden, deren Einrichtung die Polen planen.

Heute steht die Wirtschaftsgeschichte dieser Provinz vor einer neuen entscheidenden Etappe. Zur Wiedereinrichtung der restlichen 80 000 Arbeitslosen ist vom Gauleiter, Staatsrat Karpenstein, ein neuer Arbeitsbeschaffungsplan aufgestellt worden.

Das zunächst angestrebte Ziel ist die völlige Befreiung der Insel Rügen von der Arbeitslosigkeit.

Der seit dem Jahre 1911 verschleppte Bau des Rügendammes wird in kürzester Frist eingeleitet. Der politischen Führung der Provinz ist es gelungen, die zahlreichen an dem Projekt beteiligten behördlichen Stellen zu einer schlagartigen Zusammenarbeit zu vereinen.

Der Bau des Rügendammes bedeutet für den Arbeitsmarkt: 600 000 Arbeitslosentagewerke, die sich auf die Dauer von 3 1/2 Jahren bis zur Fertigstellung des Dammes verteilen werden. Damit wird verbunden sein eine wirtschaftliche Belebung der nördlichen Stadt Stralsund, Arbeitsbeschaffung für einen Teil der 40 000 Erwerbslosen Stettins und Unterbreitung der brachliegenden Ziegel- und Zementindustrie der Provinz und Hilfe für den privaten Baugewerbe. Es wird möglich sein, das Gussstahlfabrikat Panzer, den Hauptarbeitgeber der Stadt Wolgast, in Betrieb zu halten.

Für die Insel Rügen selbst aber bedeutet der Dammbau außer der Befreiung von der Geißel der Arbeitslosigkeit die Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und Rettung der rügenischen Bäder. Die stark auf Gemüsebau eingestellte Landwirtschaft wird dem Großmarkt Berlin nähergebracht, und die immer stärker drohende Abdriftung des Auto-

Während sich in unserer Stadtmitte diese feierlichen Stunden abrollten, sausten an ihrem Besten die 2000-Kilometerfahrer in der Nord-Südrichtung durch; das ganze Land Baden, geradezu in zwei fast nicht überbrückbare Teile zerschneidend. Man konnte fast den ganzen Tag nicht mehr von einer Straßenseite zur andern. Nur ganz wenig Übergangsstellen waren geschaffen. In Karlsruhe nur drei! Das alles war insofern eine badi'sche Angelegenheit, als der Kraftwagensturm aus Baden-Baden seinen Ausgang nahm und dorthin wieder zurückkehrte. Freilich von 454 Fahrern, die ausgefahren waren, kehrten nur 285 auf ihren Wagen oder Rädern zurück. Immerhin eine hohe Zahl. Das Land Baden stand größtenteils unter dem Bann dieser Veranstaltung, die Landeshauptstadt als die letzte größere Stätte vor dem Ziel nicht minder. — Man kann freilich bei allem Verständnis der zugrunde gelegten Absichten über Zweckmäßigkeit und über den Sinn solcher „bisher in der ganzen Welt noch nicht unternommenen Rennen“ dennoch seine eigenen und sehr verschiedenen Gedanken machen.

Ebenso über die sich angeblich unbedingt ergebende Notwendigkeit, wieder die Spielbanken zu eröffnen, von abermals in Baden-Baden eine der ersten entstehen wird. Auch wenn der Ertrag Wohlfahrtszwecken zugewiesen soll und man von der Annahme ausgeht, gespielt wird ja doch, vielfach auch im leicht zu erreichenden Elsaß, also soll es lieber öffentlich und zugunsten deutscher Kassen geschehen, stimmt nicht alles! Zu was für Folgen kann man eine solche Auffassung überführen, reicht man ihr nur einmal den kleinen Finger! Daß man sich in Baden-Baden über diese Wandlung der Dinge freut, ist begreiflich. Daß diese Freude anhalten wird, wenn sich die städtischen Schätze einmal zeigen, sofern man sie dann sehen und zugeben will! — erscheint mehr als fraglich. Leider aber hat auch der Einspruch unseres Landesbischofs bisher nichts zu helfen vermocht! „Wir wollen mitwirken zum Aufbau und zur inneren Erneuerung unseres ganzen Volkslebens“ — schrieb unser Bischof jüngst in seinem letzten Hirtenbrief. Auf dieser Linie lag sein Einspruch recht. Vielleicht wird man später seine warnende Stimme beachten!

B. Goldschmidt.

